

„Gegen alles sein, reicht nicht“

BERLIN - Für eine Prüfung von Laufzeiten bis zu 60 Jahren für Kernkraftwerke spricht sich die CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß aus, die neue Koordinator der Unionsfraktion für Energiepolitik. Mit Bareiß sprach unsere Redakteurin Sabine Lennartz.

SZ: Heute stellt Umweltminister Röttgen in Berlin eine Bilanz der erneuerbaren Energien vor. Als betonen Sie, man wolle mehr erneuerbare Energien, aber die Solarförderung würde erstmal gekürzt. Warum?

Bareiß: Der Zuwachs der erneuerbaren Energien ist eine Erfolgsgeschichte. Bei der Photovoltaik aber müssen wir uns an die Marktgegebenheiten anpassen. Nachdem die Systempreise 2009 um 27 Prozent gesunken sind, macht es Sinn, auch die Förderätze zu kürzen. Wirtschaftliche Fehlansätze müssen verhindert werden.

SZ: Wenn die Kernenergie nur noch eine Brücken-Technologie ist, warum sollen dann die Laufzeiten für Kernkraftwerke verlängert werden?

Bareiß: Weil wir unsere Ziele, bezahlbaren und sicheren Strom zu haben, nicht erreichen können, wenn wir aussteigen. Wir wollen nicht abhängig von Importen werden, deshalb brauchen wir längere Laufzeiten. Gerade in Baden-Württemberg beträgt der Anteil des Stroms aus Kernenergie knapp 50 Prozent. Nach jetzigem Stand müssten wir bis 2022 aussteigen. Doch dann müssten wir auch 50 Prozent Strom durch andere Energien ersetzen. Das geht allein mit erneuerbaren Energien nicht. Da müssen wir auf die Kohle zurückgreifen. Dann ist es besser, wir lassen sichere Kernkraftwerke länger laufen.

SZ: Schon seit Langem will die CDU Gewinne aus Laufzeitverlängerungen in erneuerbare Energien stecken. Doch das Projekt stößt. Der baden-württembergische CDU-Fraktionsvorsitzende Peter Hauk hat gerade beklagt, dass man aus Berlin zum Thema Laufzeitverlängerung nichts hört. Kann Baden-Württemberg auch alleine handeln?

Bareiß: Nein, das Atomgesetz ist ein Bundesgesetz. Es dauert etwas länger, weil wir viele Punkte klären müssen, von Wettbewerbsfragen bis zur Frage der Abschöpfung zusätzlicher Gewinne der Stromkonzerne. Ich könnte mir vorstellen, dass in Großbritannien der zusätzlich generierten Gewinne in die Forschung und Entwicklung

von neuen Energietechnologien fließen. Zum Beispiel in die Entwicklung von Stromspeichern und Übertragungsnetzen. Wir haben auch die Frage der Wettbewerbsverzerrung zu prüfen. Daher müssen auch Stadtwerke und kommunale Energieversorger in den Prozess mit eingebunden werden.

SZ: Und wie viel länger sollen Reaktoren dann laufen?

Bareiß: Die heutigen Kraftwerke können sicher bis zu 60 Jahre laufen. In anderen Ländern wie den USA wird das gemacht. Dazwischen liegt bei 32 Jahren Schluss. Wir wollen verschiedene Modelle von fünf bis zu 28 Jahren Verlängerung durchrechnen, das heißt Laufzeiten zwischen 37 Jahren und 60 Jahren pro Kraftwerk.

SZ: Eilt es nicht? Neckarwestheim müsste doch sonst bald abschalten?

Bareiß: Wir müssen bis zum Herbst Ergebnisse haben. Neckarwestheim 1, aber auch Biblis A müssten in den nächsten Monaten abgeschaltet werden. Das wollen wir nicht, bevor wir ein neues Energiekonzept haben.

SZ: Wie viel Anteil sollen dann die erneuerbaren Energien am Ende haben?

Bareiß: Sie sollen Stück für Stück die konventionellen Kraftwerke ersetzen. Wie schnell das machbar ist, kann man nicht sagen. Dazwischen sind wir bei 16 Prozent erneuerbaren Energien, bis 2050 sollen sie den Hauptteil stellen. Wir müssen stark in Windenergie und Biomasse investieren. Nicht zu vergessen sind die Speichertechnologie, auch für Elektromobilität, sowie der Netzausbau, d.h.

die Frage, wie bekommen wir den Wind vom Norden zu den großen Industrieanlagen in Baden-Württemberg. Das sind die großen Zukunftstragen.

SZ: Eine andere neue Technologie ist die unterirdische CO₂-Lagerung, CCS. Ist das eine Zukunftstechnologie oder gibt es da nicht ähnliche Ängste wie bei der Atomkraft?

Bareiß: Wir wollen die CO₂-Emissionen reduzieren, dazu kann man auch CO₂ unterirdisch speichern. Diese Technologie muss erforscht werden, damit Deutschland Technologieführer bleibt. Wenn es sicher funktioniert, kann man das dann auch einsetzen.

SZ: Für unliebsame Fragen wie Atomendlager wird Gorleben erforscht, für CCS ist Brandenburg im Gespräch. Ist Baden-Württemberg da rein raus?

Bareiß: Wir dürfen nicht Länder gegeneinander ausspielen, sondern haben für Gesamtdeutschland eine Verantwortung. Dieses Grundprinzip findet sich ja auch im Länderfinanzausgleich, bei dem der wirtschaftsstarke Süden Verantwortung übernimmt. Grundsätzlich können wir nicht sagen, wir wollen keine Kraftwerke, keine Endlager, keinen Leitungsausbau, keine Kohlekraftwerke oder keine neuen Wasserkraftwerke – auch das Pumpspeicherkraftwerk Schluchsee wird ja kritisch gesehen. Wenn wir nur noch gegen alles sind, werden wir unseren Wohlstand nicht halten können. Wir müssen darum kämpfen, dass auch Großprojekte von der Bevölkerung angenommen werden. Hier muss die Politik Aufklärungsarbeit leisten.

SZ-Interview



Thomas Bareiß baut auf ein neues Energiekonzept. Foto: kn